

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

Protokoll der fünften ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments am 16. Juli 2020

DAS PRÄSIDIUM DES STUDIERENDENPARLAMENTS

Studierendenhaus
Mertonstraße 26 – 28
60325 Frankfurt am Main
studierendenparlament@uni-frankfurt.de
Telefon (0 69) 798 – 23181

Beginn der Sitzung: 18:37 Uhr

Ende der Sitzung: 19:56 Uhr

Anwesenheit per Anwesenheitsliste (siehe Anhang)

1) Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit (§10 Abs. 5 SdS)

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

2) Genehmigung und gegebenenfalls Änderung der Tagesordnung

Es gibt keine Anträge zur Tagesordnung.

3) Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29.06.2020 (Drs. 2020/022)

Pia (GHSG): „Pia (GHSG): Findet es lustig, dass die Opposition im letzten StuPa mehrfach kritisiert hat, dass noch kein AstA gewählt wurde. Sieht den Punkt von Juri. Allerdings findet die Einzelkritik nicht richtig.

ändern in:

Pia (GHSG): Findet es lustig, dass die Opposition im letzten StuPa mehrfach kritisiert hat, dass noch kein AstA gewählt wurde und heute die Meinung vertritt, man hätte doch noch mit der Wahl warten sollen. Es entsteht der Eindruck, als ginge es nicht um inhaltliche Fragen sondern nur darum, den AstA zu kritisieren. Sieht den Punkt von Juri. Allerdings findet sie die Einzelkritik nicht richtig.

Zudem S. 5 Name: David Höhnerbach ändern und S. 6 Mandy Gratz^ (Wurde auch über den E-Mail Verteiler versendet.)

Sebastian (Juso HSG): Selina soll in Celina geändert werden.

Keine Gegenrede

Abstimmung über das Protokoll in geänderter Fassung

19 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung

4) Mitteilungen und Anfragen an das Präsidium

Es gibt keine Mitteilungen und Anfragen an das Präsidium

5) Bericht der Öffentlichkeitsbeauftragten

Enes (Juso HSG): Übliches Tagesgeschäft wie Dokumente hochladen und Veranstaltungen erstellen.

6) Berichte der Referent*innen

Pia (GHSG) für das HoPo Referat

- Gemeinsame Telefonkonferenzen zur Einarbeitung
- Teilnahme an der LAK
- Mitarbeit an geplanter LAK-PM zur Unterfinanzierung von Student*innen (besonders während Corona)

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

- Anfragen beantwortet
- Eine AS-Telefonkonferenz (Vorbereitung der Sitzung), außerordentliche AS-Sitzung (fzs-Kampagnenstelle/Referent*innen, Fristen und Austragungsort nächste MV, Aufnahme neuer Mitglieder)
- Arbeit im fzs-Ausschuss VSPM
- Resolution Allgemeinpolitisches Mandat
- Mitarbeit im AK Corona

Bengican (Niederrad Jetzt) für das Sozialreferat

Die Anzahl an Beratungsanfragen ist seit dem letzten Bericht angestiegen. Es geht viel um Corona-bedingte Sachen, wie die Überbrückungshilfen und nicht begründete Ablehnungen. Es gibt diesbezüglich viele Telefontermine. Mit dem Beginn der vorlesungsfreien Zeit werden neue Terminpläne erstellt. Zudem stehen Treffen an. Es geht auch um neue Berater*innen, da von der DGB Jugend neue Personen die Ausbildung abgeschlossen haben. Arbeitet am AK Corona mit.

David (GHSG) für das Ökologie- und Verkehrsreferat

Es gibt neue Menschen im Referat, die eingeführt wurden. Es wurde ein Plan erarbeitet, was in der neuen Legislatur gemacht werden soll. Dies wird auch bei der AStA-Klausurtagung besprochen.

Kyra (Juso HSG) berichtet für das Referat für Studienbedingungen, Feminismus und Fachschaftenkoordination

Es gibt ein neues Gesetz zu den QSL-Mitteln. Der AStA hat dort ein Anhörungsrecht. Es wird überlegt mit der LAK eine gemeinsame Stellungnahme zu verfassen. Das Anhörungsrecht soll auf jeden Fall wahrgenommen werden. Es soll ein AK zur Studienfinanzierung und für die Stellungnahme der QSL-Mittel gemacht werden. Mitarbeit am AK Corona.

Das Zeitungsreferat arbeitet gerade an einer weiteren Ausgabe mit dem Thema ‚Corona‘. Die aktuelle AStA-Zeitung ist auch online verfügbar.

Das Feminismusreferat hat sich eingearbeitet. Es gibt eine Anfrage. Es wird sich damit beschäftigt, inwiefern das Thema bespielt werden soll.

Maurice (GHSG) für das Kulturreferat:

Es gibt neue und alte Referent*innen. Es fand noch kein Treffen statt. Derzeit wird ein Termin für das Treffen gesucht. Es wurden erste Ideen gesammelt.

7) Bericht des AStA-Vorstandes

Kyra (Juso HSG): Es wurde sich um das Hygienekonzept gekümmert, dies ist nun ausführlicher. Es wurde sich mit Haushaltsfragen und Berufungen beschäftigt. Die Klausurtagung wurde vorbereitet. Es fand eine Vorstandsklausurtagung statt.

Fabienne (RCDS): Fragt, wie viele Referate es gibt und ob es neue Informationen oder Ansätze zu der digitalen Lehre gibt, die im Wintersemester weitergeführt werden soll.

Kyra (Juso HSG): Es gibt Vorgaben der Landesregierung. Es wurde eine Erklärung der Präsenzlehre im Senat verabschiedet. Es ist eine Präsenzlehre gewünscht. Die digitale Lehre soll nicht dauerhaft sein. Die Präsenzlehre soll und ist nicht ersetzbar. Die Uni ist als Stiftungsuni an die Beschlüsse der Landesregierung gebunden und deshalb besonders vorsichtig. Deshalb finden nur wenige Veranstaltungen in Präsenz statt, nur solche, bei denen dies notwendig ist. Beim Raumplan haben die Prüfungen Priorität. Es ist wegen der Abstandsregelungen schwierig mit den Raumkapazitäten. Der AStA arbeitet an einem Hygienekonzept, damit Räume nutzbar sind. Der AStA hat sich dafür eingesetzt, dass Bibliotheken wieder geöffnet werden und genutzt werden können. Zum Lernen kann im Studierendenhaus ein K-Raum gebucht werden. Der AStA trifft sich in Präsenz und digital. Es gibt verschiedene Arbeitskreise im AStA.

Calvin (LHG): Was ist der Unterschied zu eurem letzten Hygienekonzept?

Kyra (Juso HSG): Fragt, ob sich Calvin das neue Hygienekonzept angeschaut hat.

Calvin (LHG): Hat es nicht gelesen. Fragt, welche Änderungen getroffen wurden.

Kyra (Juso HSG): Das Hygienekonzept wurde von unterschiedlichen Stellen genehmigt. Es gab den Hinweis, dass das Händewaschen in dem Konzept fehlte. Es wurden zur Sicherheit Einwegmasken vom AStA angeschafft. Verweist auf die Website.

Oliver (RCDS): Fragt, ob es eine Genehmigung vom Gesundheitsamt braucht.

Kyra (Juso HSG): Nein braucht es nicht. Der Arbeitsschutz ist die Stelle, die es genehmigen muss.

Enes (Juso HSG): Fragt Calvin, auf welches Hygienekonzept er sich bezogen hat.

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

Calvin (LHG): Hat sich auf das Hygienekonzept der letzten Sitzung des Studierendenparlaments bezogen.

8) Bericht der studentischen Senatsmitglieder

Kyra (Juso HSG): Es gab viele Treffen und Vorbereitungen zur Präsidentschaftswahl. Es gibt eine PM zur Wahl. Dort wurde angemahnt, dass es wichtig ist, das Wahlverfahren zu ändern. Der Hochschulrat soll keine Vorauswahl mehr treffen. Es besteht schon länger eine Unzufriedenheit mit dem derzeitigen Wahlverfahren. Es wurde sich mit der Novellierung der Rahmenordnung beschäftigt.

9) Bericht der studentischen Vertreter*innen im Verwaltungsrat des Studentenwerks [sic!]

Es sind keine studentischen Vertreter*innen des Verwaltungsrats des Studentenwerks [sic!] anwesend. Es gab wegen Corona auch keine Sitzungen.

10) Sachanträge

Es gibt keine Sachanträge.

11) Resolutionen

Pia (GHSG): bringt die Resolution des AStA zum allgemeinpolitischen Mandat ein, das gesetzlich verankert werden soll. Das hochschulpolitische Mandat ist eine willkürliche Trennung von Hochschul- und Allgemeinpolitik. Es wurden schon Resolutionen zu Trans-Diskriminierung im Studierendenparlament beschlossen. Dies hat einen allgemeinpolitischen Bezug und das Thema wird aus der Allgemeinpolitik in die Hochschule getragen. Eine klare Trennung kann nicht aufrechterhalten werden. Die Aufweichung des hochschulpolitischen Mandat wurde auch von der Rechtsprechung bestätigt. Die Entscheidung über den Vertretungsanspruch von Student*innen soll von den Student*innen selbst getroffen werden und nicht von Jurist*innen. Es wird gefordert, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen der politischen Realität von Studierendenschaften angepasst und das (allgemein-)politische Mandat gesetzlich verankert wird.

Juri (Niederrad Jetzt): Fragt, ob es ein Gesetz gibt, das normiert, dass man sich nicht allgemeinpolitisch äußern darf.

Pia (GHSG): Im Gesetz ist kein Verbot allgemeinpolitischer Äußerungen zu finden. Allerdings sind Studierendenvertreter*innen für die hochschulpolitischen und sozialen Belange und die Förderung politischer Bildung zuständig. Es kann geklagt werden, wenn sich Studierendenvertreter*innen zu allgemeinpolitischen Themen äußern.

Kyra (Juso HSG): Stimmt Pia zu. In Hessen gibt es die Besonderheit, dass es ganz lange noch ein allgemeinpolitisches Mandat gab. Dies wurde erst vor ungefähr 10 Jahren geändert. Allgemeinpolitische Aussagen können nun unter Strafe gestellt werden.

Oliver (RCDS): Weiß nicht, wie genau sie es sich vorstellen. Soll dann jeder AStA in Hessen allgemeinpolitisch tätig sein? Sind dann überhaupt noch Gemeindevertretungen, etc. notwendig? Findet die Beschränkung des hochschulpolitischen Mandats sinnvoll. Sonst wäre seiner Meinung nach eine Zwangsmitgliedschaft der Student*innen in der Studierendenschaft nicht mehr zulässig.

Juri (Niederrad Jetzt): Es geht nicht darum, dass der AStA sich allgemeinpolitisch äußern muss, sondern, ob sie es dürfen bzw. mit Repressionen rechnen müssen. Die Abgrenzung zwischen Allgemeinpolitik und Hochschulpolitik ist schwierig. Findet die Resolution unterstützenswert. Die Unterscheidung zwischen hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Äußerungen ist für Student*innen gar nicht möglich.

Oliver (RCDS): Es gibt gewisse Kompetenzen, die der Allgemeinpolitik zugeschrieben sind. Man kann sich auch dafür bei Gremien aufstellen und sich wählen lassen, bspw. im Ortsbeirat.

Kyra (Juso HSG): Oliver hat den Punkt nicht verstanden. Es geht darum, dass verschiedene Themen übergreifend sind. Dazu soll sich der AStA auch äußern dürfen. Eine klare Trennung zwischen allgemeinpolitischen und hochschulpolitischen Themen ist nicht immer eindeutig. Dies wird auch bei Corona ersichtlich.

Pia (GHSG): Weist darauf hin, dass es früher viele allgemeinpolitische Äußerungen der Studierendenvertreter*innen gab, wie zu der Politik Konrad Adenauers oder dem Kommunismus in der DDR. Die Repressionen wurden erst später eingeführt, weil herrschende gesellschaftliche Haltungen kritisiert wurden. Ist der Meinung, dass alle allgemeinpolitischen Äußerungen gestattet werden sollten.

Bengican (Niederrad Jetzt): Unterstützt den AStA und Juri. Die Sanktionen zu allgemeinpolitischen Äußerungen können sehr willkürlich gewählt werden.

Calvin (LHG): Es gibt einen Grund, warum es eine verfasste Studierendenschaft und einen AStA gibt. Bei der derzeitigen Wahlbeteiligung ist es schwierig von demokratischer Legitimation zu sprechen. Denkt nicht, dass sich jemand darüber aufregt, wenn sich jemand in der

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

Fachschaft Medizin über Gesundheitssysteme geäußert wird. Findet eine Trennung machbar. So fällt Wohnraum bspw. unter das hochschulpolitische Mandat. Nukleare Abrüstung: nein. Die Vertreter*innen des AstA sollen sich gerne privat zu allgemeinpolitischen Aussagen äußern.

Juri (Niederrad Jetzt): Fragt, ob Calvin sich noch nie zu öffentlichen Schwangerschaftsabbrüchen geäußert hat?

Clavin (LHG): Vertritt seine Meinung dazu, aber nicht als LHG Vorsitzender.

Bengican (Niederrad Jetzt): In § 77 HHG werden die Aufgaben der Studierendenschaft aufgezählt.

Nils (LiLi): Wer die Grenzen des hochschulpolitischen Mandats aus dem Status der verfassten Studierendenschaft als natürlich gegeben betrachtet, der / dem ist nicht mehr zu helfen.

GO Antrag auf Schließung der Redeliste

Formale Gegenrede Oli (RCDS)

14 Ja, 4 Nein

Angenommen

Pia (GHSG): Weist darauf hin, dass die Debatte von Auswirkungen der Äußerungen von Menschen im Studierendenparlament geführt wurde. Das hochschulpolitische Mandat ist ein repressives Machtinstrument. Auch Äußerungen gegen Burschenschaften wurden sanktioniert.

Juri (Niederrad Jetzt): Es sollen keine Kompetenzen eingeklagt werden. Es soll verhindert werden, dass Mandatsträger*innen in ihren Aufgaben eingeschränkt werden. Findet es wichtig, sich bezüglich des allgemeinpolitischen Mandats deutlich zu positionieren.

Calvin (LHG): Versteht nicht, weshalb der AstA der Universität Frankfurt sich zur nuklearen Abrüstung äußern sollte.

GO Antrag auf namentliche Abstimmung (RCDS)

Keine Gegenrede

Angenommen

Abstimmung über die Resolution

Pauline (NJ): Ja

Johannes (NJ): Ja

Bengican (NJ): Ja

Juri (NJ): Ja

Julia (NJ): Ja

Oli (RCDS): Nein

Fabienne (RCDS): Nein

David (RCDS): Nein

Florine (FDH): Ja

Nils (LiLi): Ja

Pia (GHSG): Ja

Moritz (GHSG): Ja

Melissa (GHSG): Ja

Felix (GHSG): Ja

Maurice (GHSG): Ja

David Delto (GHSG): Ja

Mathias (DL): Ja

Calvin (LHG): Nein

Kyra (Juso HSG): Ja

Sebastian (Juso HSG): Ja

Enes (Juso HSG): Ja

STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

17 Ja, 4 Nein, 0 Enthaltungen

Angenommen

12) Verschiedenes

Es gibt keine Anmerkungen.

- Ende der Sitzung -



Felix Große Besten
Präsident des Studierendenparlaments



Fabienne Taller
Schriftführerin